

# **Das „Jahrhundertprojekt deutscher Ingenieurskunst“ – getragen von politischen Bauchentscheidungen**

*Ein Kommentar von Dipl. Ing. Rupert Rompel*

Wozu brauchen wir eigentlich eine Bundesnetzagentur?

Die Bundesnetzagentur ist von der Bundesregierung beauftragt, die Energiewende nach sachlichen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten zu organisieren und bei der Umsetzung in Zusammenarbeit mit den Bundesländern zu überwachen.

Sie verfasst dazu regelmäßige jährliche Monitoringberichte zum Fortgang dieses Vorhabens und pflegt einen ständigen Austausch mit den Ländern, Stromerzeugern und Übertragungsnetzbetreibern. Die von der Bundesnetzagentur dazu veranstalteten Konsultationen dienen der ständigen Weiterentwicklung des Projekts unter Berücksichtigung der von der Bundesregierung verabschiedeten Klimaziele für das Jahr 2050.

Einen interessanten und teilweise sogar amüsanten Einblick bieten einmal wieder die kürzlich erschienenen Protokolle der öffentlichen Diskussionsveranstaltungen in Berlin und Ingolstadt, bei denen es um die Netzentwicklungspläne bis zum Jahr 2030 (NEP 2030) ging. Nachzulesen im Original unter

[https://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veranstaltungen/2018/SR19-30\\_WS/Protokoll\\_Berlin.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veranstaltungen/2018/SR19-30_WS/Protokoll_Berlin.pdf?__blob=publicationFile)

und

[https://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veranstaltungen/2018/SR19-30\\_WS/Protokoll\\_Ingolstadt.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.netzausbau.de/SharedDocs/Downloads/DE/Veranstaltungen/2018/SR19-30_WS/Protokoll_Ingolstadt.pdf?__blob=publicationFile)

Einige Zitate aus diesen Protokollen zeigen, wie ein als „Jahrhundertprojekt deutscher Ingenieurskunst“ gefeiertes Vorhaben durch Eingreifen der Politik und trotz Einsatz hunderter Milliarden Euro regelmäßig die gesetzten Ziele verfehlt.

## **Beispiele aus den beiden Veranstaltungen am 31.1.2018 in Berlin und 1.2.2018 in Ingolstadt**

Zitat:

*Als generelle Empfehlung gab das Plenum zu bedenken, dass es sinnvoll sei der Politik einzelne Stellschrauben des Szenariorahmens und dessen Auswirkungen klarer zu verdeutlichen. Beispiele für Stellschrauben sah das*

Mit etwas verklausulierter und rücksichtsvoller Sprache wird hier festgestellt, dass die politischen Entscheider eigentlich garnicht verstehen, worüber sie abstimmen und ob das Geld der Steuerzahler und Stromkunden effizient eingesetzt wird. Eine erschreckende Feststellung angesichts der Milliarden, die im Feuer stehen!

Zitat:

Hier wurde klargestellt, dass die Entscheidungs- und Gesetzgebungskompetenz trotz allem in der Politik verbleibe und auch fachlich richtige und gute Ratschläge und Meinungen nicht zwangsweise eine Umsetzung bedeuteten. Es wurde zudem bemerkt, dass eine Antwort an jeden einzelnen Konsultationsteilnehmer nicht

Das ist nochmals eine Steigerung des vorher Gesagten: selbst wenn „richtige und gute Ratschläge“ auf dem Tisch liegen, haben unqualifizierte „politische“ Erwägungen Vorrang und werden dann auch unter Inkaufnahme höherer Folgekosten umgesetzt. In Anbetracht der immer wieder beklagten Finanznot des Staates wiederum eine erschreckende Erkenntnis!

Zitat:

An dieser Stelle wurde der Bundesnetzagentur auch **mangelndes Verantwortungsbewusstsein** vorgeworfen. Sie berufe sich nur auf Gesetze und Vorschriften, die sie einzuhalten habe, und schiebe die Verantwortung in die Politik ab. Gleichzeitig verfüge sie aber über mehr Fachwissen als der Gesetzgeber und sei somit in der Pflicht, fachlich zu beraten und im Interesse der Bürger zu handeln. Zudem wurde die Behauptung aufgestellt,

Auch das eine Untermauerung des vorher Gesagten. Fachwissen wird ignoriert und die Politik glaubt, die Gesetze der Physik in ihrem Sinne umdeuten zu können.

Zitat:

und auch keinerlei finanzielle Zuwendungen erhalte. Die Bundesnetzagentur sei eine obere Bundesbehörde mit gesetzlich definierten Aufgaben und erledige diese nach bestem Wissen und Gewissen. Die für die fachliche Prüfung zuständige Organisationseinheit bestehe zum großen Teil aus Ingenieuren und Naturwissenschaftlern, die an exzellenten Universitätslehrstühlen ausgebildet wurden und teilweise über langjährige Berufserfahrung in der Energiewirtschaft verfügten. Zusätzlich zur hausinternen Expertise werde jedes Jahr ein unabhängiger Gutachter bestellt, welcher sowohl die vorgelegten Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber als auch die Arbeit der Bundesnetzagentur selbst bewerte und in einem Abschlussbericht veröffentliche.

Das ist schon amüsant: hier muss sich eine obere Bundesbehörde(!) mit einem umfangreichen und teuren Stab an Mitarbeitern dagegen verteidigen, dass sie von Interessengruppen korrumpiert wird.

Zitat:

**Lastflexibilisierung durch Speicher** und hierbei explizit auf die Möglichkeit des Einsatzes durch ÜNB. Hierfür müssten allerdings **regulatorische Hürden** beseitigt werden welche den ÜNB den Besitz und Einsatz solcher Speicher verbieten. Gleichzeitig mit dem Gebot, im Netzbetrieb gleichzeitig Redispatch zu vermeiden, gäbe es hier jedoch große Potentiale.

Deutlicher kann man die bereits angesprochene technische Inkompetenz der Politik nicht darstellen. Was steckt dahinter? Speicher zu bauen ist aus „regulatorischen“ Gründen unwirtschaftlich, da sie beim Speichern und Entleeren doppelt mit EEG-Umlagen belastet werden. Hat man keine Speicher, muss man zum teuren „Redispatch“ und dem (hier nicht erwähnten) „Einspeise-Management“, also der Abschaltung von Windkraftanlagen und anderen EE-Erzeugern greifen. Beides kostet zusätzlich Geld und verteuert unnötig den

Strom für den Verbraucher. Die Problematik ist seit Jahren bekannt und eine Regelung seitens der Politik verschlafen worden und daher mehr als überfällig.

Zitat:

Wasserstoff. Bei der derzeitigen Preislage in Deutschland sei es in einem solchen Szenario zudem unwahrscheinlich, dass dieses Gas in Deutschland produziert werden würde. Dies wurde auch von einem Vertreter der ÜNB bestätigt.

Eine Anwendung von Power2Gas ist unter derzeitigen Randbedingungen nicht wirtschaftlich darstellbar. Die als installiert angenommenen Leistungen seien dennoch gerechtfertigt, da durch den hohen Erwartungsdruck der Energiewende Stakeholder in diesem Bereich mit der Förderung solcher Anlagen zu rechnen sei. Eine Steigerung darüber hinaus bräuchte jedoch klarer erkennbare Anreize.

Wiederum ein Hinweis auf ein deutlich verzögertes Erkenntnispotential im politischen Bereich. Anstatt die Überförderung im Erzeugungsbereich drastisch auf marktwirtschaftliches Niveau zurückzufahren und freiwerdende Mittel in die Entwicklung und den Ausbau der Speicherung zu stecken, wird der Ausbau in Nachbarländer mit investitionsfreundlicher Infrastruktur verlagert.

Dieser kleine Auszug an Zitaten verdeutlicht zum wiederholten Mal, welches erschreckende Maß an Unkenntnis über technische Zusammenhänge bei den politischen Gremien der Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Energiewende herrscht. Noch nach der Veröffentlichung des Monitoringberichts 2016 der Bundesnetzagentur wollte man das Verfehlen der CO<sub>2</sub>-Minderungsziele nicht einräumen, bis die Bundeskanzlerin dies mit verschwurbelter Rhetorik vor der Bundestagswahl 2017 zugeben musste.

Ein Bericht des Bundesrechnungshofes vom Dezember 2016 an den Haushaltsausschuss des Bundestages mit sehr detailreichen und kritischen Anmerkungen und Fragen an das federführende Bundeswirtschaftsministerium ist bis heute(!) nicht behandelt worden und soll erst Ende März 2018 das erste Mal im diesem Ausschuss und zu einem bisher unbekanntem Termin im Parlament behandelt werden. Hier offenbart sich nicht nur ein abgrundtiefer Unwille, sich kritisch mit dem Fortgang eines „Jahrhundertprojekts“ auseinanderzusetzen, sondern auch die Überheblichkeit, mit Steuergeldern und dem individuellen Besitzstand der Bürger nach Gutsherrenart umzugehen.

Es stellt sich letztendlich die Frage, warum sich Deutschland teure Bundesbehörden wie Bundesnetzagentur und Bundesrechnungshof leistet, wenn deren Zuarbeit derart unbeachtet und regelrecht abfällig behandelt wird. Offenbar verführt das überreichliche Vorhandensein von Steuergeldern zu einer reichlich unangemessenen Beschäftigung der Politik mit dieser komplexen Materie.